

Beitrag erschienen in:

Matthias Asche | Thomas Brechenmacher (Hg.)

Hier geblieben?

Brandenburg als Einwanderungsland vom Mittelalter bis heute

2022 – 262 S.

ISBN 978-3-86956-506-4

DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-49936>

Universitätsverlag Potsdam

Empfohlene Zitation:

Peter Bahl: Belastung und Bereicherung – Vertriebene in Brandenburg ab 1945, In: Matthias Asche, Thomas Brechenmacher (Hg.): Hier geblieben? Brandenburg als Einwanderungsland vom Mittelalter bis heute, Potsdam, Universitätsverlag Potsdam, 2022, S. 209–223.

DOI <https://doi.org/10.25932/publishup-54686>

Soweit nicht anders gekennzeichnet ist dieses Werk unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:

Namensnennung 4.0. Dies gilt nicht für zitierte Inhalte anderer Autoren:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Belastung und Bereicherung – Vertriebene in Brandenburg ab 1945

Peter Bahl

Brandenburgs Bevölkerung besteht etwa bis zu einem Drittel aus Flüchtlingen, Vertriebenen und deren Nachfahren. Von 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre sind über 700 000 Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie weiteren Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa in die (Rest-)Provinz beziehungsweise dann ab 1947 das Land Brandenburg gelangt. Es gab damals Gemeinden, in denen jeder vierte oder dritte, aber auch solche, in denen mehr als jeder zweite Einwohner zu dieser Gruppe zählte. Ein Teil dieser Menschen ist bis 1961 »republikflüchtig« geworden, und der Prozentsatz derer, die die DDR bis zum Mauerbau verlassen haben, ist unter ihnen höher als bei den Einheimischen. Dennoch ist – entgegen einem verbreiteten Irrtum – ein sehr erheblicher Teil von ihnen (ebenso wie die Mehrheit der Einheimischen) bis 1990 im Land geblieben.

Viele von ihnen kann man noch heute überall in Brandenburg finden. Denn sehr viele Schlesier leben seitdem zum Beispiel um Cottbus und Lübben, sehr viele Neumärker und Deutsche aus dem Posener Raum und auch noch weiter östlich gelegenen zentralpolnischen Gebieten, zum Beispiel im Raum Neuruppin, viele Neumärker auch in der östlichen Uckermark, viele aus den heute polnischen Teilen der Niederlausitz im Raum Guben-Eisenhüttenstadt, und, um ein noch konkreteres Beispiel zu nennen, viele Flüchtlingsfamilien aus der Kleinstadt Woldenberg in der Neumark (poln. Dobigniew) – ein ganzer Eisenbahntransport sozusagen – haben ihren Wohnsitz seit dem 28. Januar 1945 im havelländischen Premnitz, wo es genau deshalb seit 2010 einen Woldenberger Platz gibt. Es gibt Städte wie Frankfurt (Oder), Müncheberg oder eben Guben, deren Bevölkerung 1945 sogar zu großen Teilen ausgetauscht wurde und heute mehrheitlich aus Vertriebenen und deren Nachfahren besteht. Aber auch sonst im Land kann man überall auf Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien aus Schlesien,

aus dem historischen, heute polnischen Ostbrandenburg, aber zum Beispiel auch aus Ostpreußen, dem Sudetenland oder sogar aus dem am Schwarzen Meer gelegenen Besarabien (im Havelland um Stechow inzwischen recht aktiv in der Pflege ihrer Kultur bis hin zu alten Kochrezepten) und aus anderen heute kaum noch bekannten ehemaligen Siedlungsgebieten stoßen. So hat es einige Karpatendeutsche aus der zur Slowakei gehörenden Landschaft Oberzipis 1946 nach Brück (Landkreis Potsdam-Mittelmark) verschlagen, wo es seit 2016 genau deshalb eine Oberzipser Straße gibt und ein Landesverband Brandenburg der *Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e. V.* besteht.

Diese Aufzählung könnte man fortsetzen. All dies sind wenig bekannte Phänomene und Fakten. Sie bilden keinen Teil eines regionalen Bewusstseins oder gar einer – Einheimische und Zuwanderer verbindenden – gemeinsamen gesellschaftlichen Erinnerungskultur, die eher auf die Familien der Vertriebenen beschränkt bleibt. Letztlich ist dies ein Ergebnis der forcierten Assimilation, die in den Nachkriegsjahren anstelle einer Integration vollzogen wurde.

Brandenburg hatte in den Jahren 1945/46 innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) das zweitgrößte Kontingent aufzunehmen, nach dem dünner besiedelten und daher aufnahmefähigeren Mecklenburg(-Vorpommern). ›Kontingent‹ klingt nach einer geplanten einmaligen großen ›Umsiedlung‹, mit der das Problem geklärt gewesen wäre. Die Realität sah anders aus. Es sind vor allem drei große Phasen des Gesamtgeschehens zu unterscheiden.

In der ersten, hier und da schon Ende 1944 einsetzenden, meist aber erst zwischen Januar und April 1945, vorwiegend im späten Januar und ganzen Februar, unter allerorts erschwerten Winterbedingungen, kommen diejenigen Flüchtlinge, die vor der Front geflohen sind, per Treck und mit der Bahn, man spricht auch von Evakuierung oder Zwangsevakuierung, zeitgenössisch-offiziell von »Räumung«: besonders aus Ostpreußen, (Hinter-)Pommern und Schlesien, aus der östlichen Neumark und – in Brandenburg sehr oft – aus dem Reichsgau Wartheland, also aus dem von Deutschland 1939 bis 1945 besetzten polnischen Gebiet um Posen (poln. Poznań), Kalisch (poln. Kalisz) und Lodz (poln. Łódź).

Tagebücher einheimischer Brandenburger berichten manches aus diesen Monaten, was in Akten kaum zu finden ist. Ein endloser Strom von Trecks aus Ost- und Westpreußen sowie Hinterpommern zieht zum Beispiel zu Jahresanfang ununterbrochen durch die Uckermark. Das Kreiskrankenhaus Prenzlau ist überfüllt. Besonders schlimm kommt es für diejenigen Flüchtlinge, deren Aufenthaltsort in unmittelbare



Abbildung 1: Wagen eines Flüchtlingstrecks aus den Ostgebieten vor der Potsdamer Nikolaikirche, Febr./März 1945. Aufnahme: Arthur Grimm (© bpk Berlin/Arthur Grimm)

Kriegshandlungen geraten ist. So ist der Cottbuser Bahnhof 1945 Schauplatz dramatischster Vorgänge, da sich hier Trecks und Transporte gestaut haben. Bereits beim schweren Bombenangriff am 15. Februar 1945, zwei Tage nach dem großen, meist allein im Blickpunkt der Erinnernden stehenden Angriff auf Dresden, sterben auch hier sehr viele, vielleicht an die 2 000 Menschen, darunter besonders – nicht registrierte – Flüchtlinge.

Dann, nach diesem Flüchtlingsstrom, kommt erst einmal die Rote Armee nach Brandenburg, vor der übrigens im April 1945 auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung aus Städten und Gemeinden geflüchtet ist, die westlich der Oder und Neiße liegen. Diese Flüchtlinge kehren meist nach Ende der Kampfhandlungen in ihre Heimatorte zurück, aber – unter anderem auch wegen der Zerstörungen von Wohnraum und Ver-

kehrswegen – nicht überall, so dass es hier und da sogar westlich von Oder und Neiße zu einem teilweisen Bevölkerungsaustausch gekommen ist. Ebenso kehren erstaunlich viele Flüchtlinge der ersten Gruppe vom Jahresanfang 1945, die zunächst weiter westlich notdürftig Aufnahme gefunden hatten, nach dem Ende der Kriegshandlungen Ende April und Anfang Mai in ihre östlich von Oder und Neiße gelegenen Heimatorte zurück und werden dann nach einer schwierigen Überlebensphase dort zumeist im Juni/Juli 1945, zum Beispiel aus der grenznahen Neumark, endgültig vertrieben. Bei dieser zweiten Gruppe spricht man heute allgemein von den »Wilden Vertreibungen«, weil sie noch vor dem Potsdamer Abkommen (2. August 1945) erfolgt sind, das eigentlich erst den »Transfer« legitimieren und regeln sollte.

Die Betroffenen beziehungsweise Überlebenden der zweiten Gruppe vom Hochsommer 1945 kommen meist zu Fuß und stellen die unvorbereiteten Kreise und Gemeinden vor fast unlösbare praktische, medizinische und soziale Aufgaben, zumal – anders als zu Jahresanfang – nun erst einmal fast jede staatliche Lenkung fehlt, da die Provinzialverwaltung erst am 4. Juli gebildet wird.

Ein besonders dramatischer (Sonder-)Fall ist die durch die Neiße geteilte Stadt Guben. Hier, wo das Haupt-Stadtgebiet auf dem Ostufer liegt, führen die »Wilden Vertreibungen« dazu, dass in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1945 die gesamte Bevölkerung auf einem Notsteg über die Neiße in den westlichen Stadtteil und das nähere Umland getrieben wird: Etwa 13 500 Menschen sind dort ohne jede Vorankündigung und Vorbereitung aufzunehmen. Als Notunterkünfte werden im deutschen Restteil Gubens sieben Lager eingerichtet. Bis Ende des Jahres zählt man 1 475 Tote; 219 sterben an Unterernährung, 176 an Ruhr, 130 an Typhus; 144 sind Kinder unter einem Jahr.

Ab Juni 1945 stauen sich auch in Cottbus wieder die Menschenströme. Im Bericht einer am 23. Juni aus Sorau Vertriebenen heißt es:

»[T]äglich kamen mindestens drei Monate lang 2 000 Vertriebene durch Cottbus, und hier fing sich alles an zu stauen. / Wer kein bestimmtes Ziel hatte, blieb hier in der stillen Hoffnung, bald wieder zurück in die Heimat zu können. Geld hatten die wenigsten von uns, Arbeit gab es auch keine, so zog man auf die Dörfer, bettelte um ein paar Kartoffeln, Gurken oder Mohrrüben. Cottbus wurde eine Stadt des Grauens, eine Stadt des Sterbens.«¹

Und bezogen auf den 2. August 1945 heißt es im Erinnerungsbericht einer im Juli aus Wohlau (poln. Wołów) vertriebenen Schlesierin:

»In Cottbus zehn Stunden Warten. Auf dem zerstörten Bahnhof lagen die Menschen auf den Bahnsteigen herum und kochten auf den toten Gleisen ihr Essen ab. Nirgends kümmerte sich einer um den andern. Wer sich nicht mehr selber helfen konnte, war eben verloren.«²

Ab Herbst 1945, im Winter 1945/46 sowie das ganze Jahr 1946 hindurch kommen entsprechend den Festlegungen des Potsdamer Abkommens über die systematische Aussiedlung als dritte Gruppe die sogenannten »Transporte«, die überwiegend mit der Bahn, in der Regel in Güterwagen (geschlossene, aber auch offene) über die Bahnhöfe Stettin-Scheune (poln. Gumieńce), Küstrin (poln. Kostrzyn), Frankfurt (Oder) und Forst in der Lausitz erfolgen und meist in Quarantänelager, die man ab Herbst in jedem Landkreis einrichtet, geleitet werden. Einzelne Transporte erreichen Brandenburg aber auch noch bis Anfang der fünfziger Jahre. Das Lager in Fürstenwalde/Spree etwa war noch 1949/51 »eines der drei großen Quarantänelager« – neben Wolfen (Sachsen-Anhalt) und Bischofswerda (Sachsen) – für die Kinder-Transporte aus dem nördlichen Ostpreußen und Litauen.³

Brandenburg ist von allen drei Phasen sehr betroffen gewesen, allein schon wegen seines großen Anteils an der Oder-Neiße-Linie. Zudem schloss seine zentrale geographische Lage das von vielen erstrebte Berlin ein; so wurde es zum Durchgangsland par excellence. Man schätzt grob, dass in diesem Vertreibungsgeschehen insgesamt, also über Brandenburg hinaus, 14 Millionen deutsche Staatsbürger sowie deutschstämmige Bürger anderer Staaten ihre Heimat verlassen mussten und zwei Millionen von ihnen ihr Leben verloren, entweder noch zu Hause oder unterwegs an den verschiedensten Orten oder bald danach am Ankunftsort.

Wer sich mit dieser Materie nicht näher befasst hat, ist schnell in der Gefahr zu verallgemeinern und zu vereinfachen. Die Tatsache, dass man in der DDR Anfang der fünfziger Jahre das Thema für erledigt, die Eingliederung dieser Menschen für abgeschlossen und gelungen erklärte und den damals, auch in der SBZ bei allen Beteiligten und Unbeteiligten allgemein, selbst bei SED-Funktionären, ganz selbstverständlich gebräuchlichen Flüchtlingsbegriff schon frühzeitig, ab September 1945 – übrigens auf sowjetischen Befehl hin – durch den Begriff »Umsiedler« zu ersetzen versuchte, dann sogar offiziell von »ehemaligen Umsiedlern« oder nur noch von »Neubürgern« sprechen wollte und jede genauere Thematisierung und Spezifizierung – »Schlesier«, »Ostpreußen« usw. – mit einem Tabu belegt war, darf heute nicht darüber hinwegtäuschen, dass Integration vielmehr ein sehr langer, schwieriger Prozess ist, der nur

vordergründig mit dem Dach über dem Kopf, dem Arbeitsplatz und neuen Schuhen abgeschlossen ist, und dass ein großer Teil mindestens der älteren Flüchtlinge und Vertriebenen ihr schweres Schicksal in dem Wort »Umsiedler« nicht zutreffend beschrieben finden konnte. Wer diesen Begriff unreflektiert noch heute auf alle Flüchtlinge und Vertriebenen anwendet, tut, ohne das zu wollen, sehr vielen Menschen, längst verstorbenen wie noch lebenden, Unrecht.

Abbildung 2: Treck schlesischer Flüchtlinge bei Potsdam, Frühjahr 1945. Aufnahme: Hilmar Pabel (© bpk Berlin/Hilmar Pabel)



Die Eingliederung der Vertriebenen in Brandenburg kann vordergründig betrachtet als abgeschlossen betrachtet werden. Blickt man aber tiefer, das heißt, liest man das, was sehr viele Betroffene nahezu gleichlautend sagen, dann fehlt es bis heute an einer nicht auf das bloße »Familiengedächtnis« begrenzten Erinnerungskultur, die es den

Betroffenen ermöglichen würde, sich mit ihrer Geschichte auch innerlich voll integriert zu sehen. Man kann sich das vielleicht durch den Vergleich mit dem vieldiskutierten Problem mangelnder öffentlicher Berücksichtigung und Anerkennung von ›DDR-Biographien‹ klarmachen: Eine – nicht kleine – Bevölkerungsgruppe oder doch Teile von ihr fühlt sich nicht wahrgenommen und wertgeschätzt, indem der für sie typische Lebensweg zum Beispiel in zusammenfassenden Darstellungen und Formulierungen schlicht nicht vorkommt. Genau dies empfanden über die DDR-Jahrzehnte und empfinden bisweilen noch heute manche Vertriebenen, mögen sie wirtschaftlich längst subjektiv-objektiv bestens integriert sein.

Zwar ist Vieles seit 1990 geschehen; inzwischen gibt es zu ›Flucht und Vertreibung‹ immer wieder Berichte in den Medien sowie Veranstaltungen. Doch ist es in den wenigsten brandenburgischen Kommunen gelungen, dem Thema einen angemessenen Platz in der Erinnerungsarbeit einzuräumen: etwa in Museen, Heimatkalendern, stadt- und dorfgeschichtlichen Gesamtdarstellungen. Es gibt positive Ausnahmen, die dem Engagement einzelner Personen zu verdanken sind, so in Eberswalde, Lieberose oder Lübben. Doch hat es den Anschein, als würden manche holzschnittartigen Deutungen aus DDR-Zeiten vielerorts unreflektiert weitergetragen. Dazu gehört zum Beispiel, dass die meisten Flüchtlinge nach Westen weitergezogen seien (was hier und da und vor allem zu Anfang noch zutraf), der bisweilen immer noch gleichsam automatische, unreflektierte Gebrauch des Wortes »Umsiedler«, besonders aber das Narrativ, die Bodenreform sei sozusagen das die Vertriebenen in der SBZ selig machende Pendant zum westdeutschen Lastenausgleich gewesen und habe das Problem schon 1945/46 schnell, sozialverträglich und gerecht gelöst. Oft werden Vertriebene in brandenburgischen Dorfchroniken sogar nur im Zusammenhang mit der Bodenreform erwähnt. Wer sich näher mit diesen Fragen befasst, wird aber sehen, dass nur eine Minderheit der Vertriebenen überhaupt in den Genuss von Bodenreformland kam, und dass die, die solches erhielten, mangels Ausstattung mit Gebäuden und Geräten oder entsprechender Vorbildung oft damit überfordert gewesen sind und nach einiger Zeit aufgegeben haben. Auch hier gab es natürlich andere, positive Fälle, aber die Bodenreform insgesamt als jenes Heilmittel zu betrachten, das in der SBZ/DDR die Flüchtlingsfrage gelöst habe, ist ein Irrtum.

Vordergründige Integration bedeutete auch in den – dafür viel wichtigeren – großen Industriestandorten wie Eisenhüttenstadt, Guben und Schwedt, wo man Wohnung und Arbeit bekam, oder in den großen Auffangbecken Polizei, Nationale Volksarmee und Staatsapparat, in denen man als Einzelner im Großen und Ganzen anonym

bleiben und aufgehen konnte, immer, dass man nicht nur mit seinem Vertriebenen-schicksal irgendwie abschließen durfte, sondern seine Vertriebenenidentität verleugnen musste. Viele haben das notgedrungen oder bereitwillig getan, gerade den Jüngeren, die 1945 in den Ostgebieten noch nicht eigene Familie, Haus und Hof besessen hatten, ist es naturgemäß leichter gefallen, aber bei vielen ist nach 1990 dann doch die Erinnerung wieder hochgekommen.

Wer sich mit den ersten Nachkriegsjahren beschäftigt, wird feststellen, dass die Aktenlage unvollständig, bisweilen dünn und unbefriedigend ist. Und doch gibt es, nimmt man die vielen Verwaltungsstellen in den Kreisstädten hinzu, noch zahlreiche zeitgenössische Berichte. Im September 1945 wurde mit der zunehmenden Dynamik und Dramatik der Ereignisse eine eigene Flüchtlingsverwaltung bei der Provinzialregierung gebildet, indem man aus den Sachbearbeitern der Arbeits- und Sozialabteilung eine eigene Unterabteilung für »Umsiedler und Heimkehrer« schuf, denn die Bewältigung der Aufnahme und Eingliederung der vielen Menschen in den ersten Jahren war – ob man es sich eingestand oder nicht – das alles beherrschende und alle überfordernde Thema. Nicht allein die unerwartet große Zahl war das Problem, sondern die oft sehr kurzfristige Ankündigung von Transporten und der schlimme Gesundheits- und Allgemeinzustand der Ankömmlinge. Mancher Eisenbahntransport enthielt ein komplettes schlesisches Kinderheim, ein Altenheim oder die ganze Belegung einer schlesischen Behinderteneinrichtung. Die daraus erwachsenden Nöte der Verwaltungen der selbst schwer kriegsgeschädigten Kreise, Städte und Gemeinden sind unvorstellbar, die Sterberate war hoch. Anfang Juli 1945 wurden täglich bis zu 20 000 Flüchtlinge durch Cottbus geschleust, zwei große Notaltersheime am Ort eingerichtet. Gerade hierbei sind die Kirchen und ihre Verbände, solange man es noch duldete, besonders aktiv gewesen, eröffneten eigene Kinderheime oder brachten in vorhandenen zahllose elternlose Flüchtlingskinder unter.

Ende Oktober 1945 befanden sich bereits über 600 000 Vertriebene in Brandenburg. Die Kreise, Dörfer und Städte, in die sie nach der Lagerquarantäne »eingemeindet« wurden, mussten bisweilen 10 Prozent, bisweilen aber auch ein Drittel und mehr Vertriebene in ihren Mauern beherbergen. In Altlandsberg lebten im August 1946 4 700 Alteingesessene und 1 000 »Umsiedler«. In Krummensee bei Mittenwalde gab es nur noch 176 Alteinwohner, aber 172 Vertriebene. In der zu 66 % kriegszerstörten Stadt Beeskow waren es im Juli 1946 rund 5 500 Eingesessene und rund 2 100 Vertriebene. Allein diese wenigen Zahlen vermitteln bereits eine Ahnung davon, wie beherrschend das Thema im Lebensalltag aller gewesen sein muss. Langfristig hat

Brandenburg von dieser ›Zuwanderung‹ profitiert, denn es kamen unter dem Strich keineswegs nur Alte und Kranke, sondern, spätestens nach Rückkehr der kriegsgefangenen Familienväter, auch gut ausgebildete, aufbaumotivierte Fachkräfte und Akademiker. Bereichernd wirkten zudem die Kinder, die nun in Brandenburg als ihrer neuen Heimat aufwuchsen und ein glückliches Leben führen wollten, schließlich diejenigen, die mit einem städtisch/großstädtischen Herkunfts-, Bildungs- und Erfahrungshintergrund dörflich/kleinstädtische Streusandbüchsen-Milieus auf- und auszubauen halfen.

Die erste Station nach dem Ausladen am Bahnhof war für die Vertriebenen der dritten Gruppe das Quarantänelager. An sich wären dies geeignete Orte, um auch an jenes Geschehen, das zur Geschichte so vieler noch heute in Brandenburg lebenden Familien gehört, mit einer Gedenktafel zu erinnern. Meist handelte es sich um notdürftig



Abbildung 3: Eine Baracke als Notunterkunft für Flüchtlinge und Vertriebene in Premnitz (Westhavelland), Oktober 1949. Aufnahme: Herbert Hensky (© bpk Berlin/Herbert Hensky)

hergerichtete vormalige Baracken-Anlagen der NS-Zeit, auch Zwangsarbeiterlager, so dass sich Gedenk-›Schichten‹ überlagern können. Anfang 1946 gab es in Brandenburg, in jedem Kreis und fast jeder Stadt, offiziell insgesamt 67 *Umsiedler- und Heimkehrerlager*. Sie dienten der Entlausung und Isolierung von Seuchenkranken sowie der

Vorbereitung auf das Leben in Einzelwohnungen. Zum Lageralltag gehörten allgemeine Informations- und Kulturveranstaltungen, aber auch politische Indoktrinationsversuche. Anfang 1947 war die Zahl der Vertriebenenlager bereits auf 25 gesunken, und in den folgenden Jahren nahm sie kontinuierlich weiter ab. Ziel war die rasche Durchschleusung, wofür man in jeder Gemeinde und jedem Kreis gesonderte »Umsiedler«-Fürsorgestellen einrichtete.

Die Versorgung der Menschen, die oft nur das am Körper Getragene und selten Hausrat hatten retten können, mit Wohnraum, Möbeln, Kleidung und dem sehr oft fehlenden festen Schuhwerk war eine der größten Herausforderungen nicht nur für die Verwaltung, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Es ist kein Geheimnis, dass auch damals, als es sich weder um außereuropäische noch um muslimische Zuwanderer handelte, die Bevölkerung an den Aufnahmeorten oft reserviert und bisweilen feindlich reagierte. Bei der Verteilung von Wohnraum und Lebensmitteln, dann auch von Bodenreformland bevorzugte man lieber die eigenen Verwandten und Freunde. Der Begriff »Kalte Heimat« ist dafür geprägt worden, er passt auf die Verhältnisse überall, in Ost- wie Westdeutschland. In Westdeutschland durften sich die Vertriebenen aber nach einigen Jahren auch organisieren, und es gab Ausgleichszahlungen für verlorenen Grundbesitz. In der SBZ organisierten neben den anfangs dabei noch akzeptierten Kirchen der *Freie Deutsche Gewerkschaftsbund* und die *Freie Deutsche Jugend* sowie die *Volkssolidarität* achtbare Sammelaktionen, unter anderem in der sogenannten *Umsiedlerwoche* im November 1947. Doch auch hier stand Hilfsbereitschaft auf der einen neben Obstruktion auf der anderen Seite. So resümierte man intern, die Aktion habe den Alteingesessenen mehr zur Entrümpelung ihrer Dachböden denn zur »nächstenlieben« Annäherung an ihre neuen Nachbarn gedient.

In jedem Dorf sollte zwar ein *Umsiedlerausschuss* gebildet werden, doch auch nach Monaten ergaben Überprüfungen oft Fehlanzeigen und Ausflüchte der Gemeindeverwaltungen. Allerdings wählte man in diese Gremien neben den Ortsbürgermeistern auch Vertreter der Vertriebenen. Dies waren allerdings nur befristete indirekte Interessenvertretungen, während man tunlichst darauf achtete, jede Selbstorganisation zu unterbinden. Alle derartigen Versuche, und es gab sie anfangs durchaus, gerieten schnell in das Visier der Polizei und der Geheimpolizei, der bisweilen die noch strengere Besatzungsmacht mit einer Verhaftung zuvor kam. Aber auch in späteren DDR-Jahrzehnten, als niemand mehr wagte, solche korporativen Tendenzen zu entwickeln, blieb das Ministerium für Staatssicherheit auf der Hut und beobachtete unerwünschte Kontakte zu westdeutschen Vertriebenenverbänden oder die verbotene

Einfuhr von deren Druckerzeugnissen. Es ist wiederum heute kaum noch bekannt, in welcher hohen Zahl in Brandenburg und weit darüber hinaus in der DDR lebende Vertriebene bis zum Mauerbau zum Beispiel an den zahllosen, von Vertriebenenverbänden oder ehemaligen Gemeindepfarrern organisierten Heimattreffen in West-Berlin teilgenommen haben. Diese ›Überlieferungslücken‹ ergeben sich zumeist daraus, dass die heute als (letzte) Zeitzeugen Befragten 1945 noch Kinder waren. Vergessen wird dabei, dass sich diejenigen, die zum Zeitpunkt von Flucht und Vertreibung bereits erwachsen gewesen waren, nicht so leicht integrieren ließen wie ihre Kinder, und dass sie nicht selten eine härtere Haltung als diese beibehielten.

Doch schon das frühzeitig gesponnene Informantennetz der Landkreisverwaltungen reichte bis in jede Dorf- oder Betriebsversammlung. Die Berichte sind in großer Zahl erhalten. Sie zeigen schonungslos, dass noch bis mindestens 1949 offen, und bisweilen auch von SED-Genossen, die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt oder relativiert wurde. Für die Mehrheit der Vertriebenen auch in Brandenburg war sie in diesen Jahren noch unannehmbar, ja, viele haben gar nicht geglaubt, dass sie Bestand haben werde. Noch im Februar 1949 (!) heißt es über keinen geringeren als den Leiter der *Umsiedlerabteilung* der nunmehrigen Landesregierung in einer vertraulichen Beurteilung:

»Trotz regelmäßigen Besuch[s] der Parteiveranstaltungen ist F. politisch unklar, was seinen besonderen Ausdruck in der Grenzfrage Oder/Neiße findet. In politischen Unterhaltungen sagte F., daß man den Siedlern den Glauben an eine evtl. Rückführung nicht nehmen soll, da man nicht weiß, ob die Zukunft nicht doch mal eine andere Entwicklung nimmt. Oder, vielleicht wird es mal anders. Seit Stellungnahme Ulbricht und Grotewohl zur Grenzfrage, hat sich F. diesbezüglich revidiert. Jedoch wird eine innere Überzeugung bezweifelt.«⁴

Auch die bremsende eigene Unsicherheit der Vertriebenen über ihre Zukunft und die erwähnten dörflichen Bauern-Netzwerke, die die Neuankömmlinge oft übervorteilten, hatten die Bodenreform beim Thema Vertriebeneneingliederung wider Erwarten eher nur eine untergeordnete Rolle spielen lassen. Gerade bei den in der Landwirtschaft tätigen Vertriebenen stellte man noch 1949 nicht selten eine gewisse Lethargie fest. Darin unterschieden sie sich grundlegend zum Beispiel von jenen, neben Bayern und Thüringen auch in Brandenburg anzutreffenden Sudetendeutschen, die auf genossenschaftlicher Basis in Heimindustrie sehr erfolgreich Handarbeiten produzierten. Bekannt sind oder waren die Korbflechter in Neu Zittau bei Berlin-Köpenick oder

vor allem die zum größten Teil aus dem böhmischen Gablonz (tschech. Jablonec nad Nisou) stammenden Glas- und Bijouterie-Erzeuger in Dorf Zinna bei Jüterbog (1951 umbenannt in Neuheim) und die Messerschmiede in Leegebruch bei Oranienburg aus dem böhmischen Nixdorf. Anfangs wurde sogar öffentlich und amtlich mit dem Begriff »Umsiedlergenossenschaft« hantiert, um die Eingliederung zu erleichtern, doch spätestens ab 1950 verhinderten die Direktiven von oben jede Form der gesonderten und von außen wahrnehmbaren Kennzeichnung. Selbst die Zinna-Neuheimer und die Leegebrucher, eigentlich aus »Antifa-Transporten« hervorgegangen, also etwas bevorzugt behandelten Vertriebenentransporten deutsch-tschechischer Kommunisten und Sozialdemokraten, anfangs noch ein Vorzeigeobjekt, teilten nun bald dasselbe Schicksal wie alle DDR-»Umsiedler«. Mehr oder weniger abrupt wurden neutrale Namen vorgegeben und sogar landauf, landab die gesonderte »Umsiedlerverwaltung« als eigenes Ressort beseitigt. Aber auch ohne die Kennzeichnung als »Umsiedlergenossenschaft« konnten sich viele Genossenschaften im sozialistischen Wirtschaftsombau nicht mehr lange halten.

Auch an dieser Stelle stellt sich die Frage, wieviel an Aufbauhilfe – und an Bereicherung – sich das Tritt fassende SED-System in seinem Staatswesen selbst amputiert hat, indem es die Vielfalt einebnete und so auch viele gut ausgebildete Vertriebene demotivierte, die gerade dabei waren, sich nach und nach auf den neuen Staat einzulassen. Unter denen, die SBZ und DDR gen Westen verließen, sind, wie gesagt, viele von ihnen gewesen. Dagegen ist die Zahl der landlosen Vertriebenen, die sich den Werbungen von Partei und Staat öffneten, schon weil sie jede Hilfe bei der Neueinrichtung brauchten, sehr groß. Man könnte viele Beispiele für Vertriebene im DDR-Staatsapparat anführen, der ihnen quasi (Ersatz-)Heimat bot, wenn sie das Tabu akzeptierten und jede Erinnerung an die wirkliche Heimat in den engsten Familienkreis verdrängten.

Es ist keine Frage, dass wie im Westen so auch in der DDR die Masse der Vertriebenen eine neue Heimat gefunden hat, durch Assimilation integriert wurde und nicht scheiterte. Insofern ist die Eingliederung vordergründig durchaus gelungen. Und gewiss ist es auch nicht so, dass in der DDR dann jedes Erwähnen des Heimatverlustes vollkommen untersagt gewesen wäre. Das zeigt zum Beispiel der autobiographische Roman »*Wir Flüchtlingskinder*« der Schlesierin Ursula Höntschi-Harendt (1985). Doch dominierte im allgemeinen Bewusstsein der Menschen in der DDR das Verschweigen-Müssen. Eine aus Pommern vertriebene Potsdamerin äußerte nach der Wende, das Vertreibungsgeschehen, das sie als Jugendliche erlitten hatte, komme jetzt plötzlich

im Alter wieder hoch; es sei eben bei aller vordergründigen Sorglosigkeit doch verhängnisvoll für sie gewesen, sich jahrzehntelang als »Umsiedlerin« und nicht als Vertriebene definieren zu müssen. Dieses letztlich schizophrene Bewusstsein habe sie geprägt und räche sich nun. Ob man diesen Fall nun verallgemeinern darf oder nicht, es ist an der Zeit, dass auch dieses Thema der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte nicht nur nicht in Vergessenheit gerät oder gar als Gefahr für unsere Sicht auf die deutsche Geschichte oder für das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn betrachtet wird, sondern auch in den brandenburgischen Erinnerungshaushalt angemessen Eingang findet.

Anmerkungen

1 Dokumentation der Vertreibung, Bd. 1/II 1954, S. 689.

2 Ebd., S. 698.

3 WINTERBERG 2012, S. 179.

4 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 203, PA 276, unfol.

LITERATUR

- HEIKE AMOS, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009.
- JÜRGEN AST/KERSTIN MAUERSBERGER, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000.
- PETER BAHL, Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020.
- WOLFGANG BUWERT, Festung Frankfurt (Oder). Eine Stadt am Kriegsende, in: WERNER STANG (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945, Potsdam 1995, S. 38–83.
- Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, hg. v. MANFRED WILLE, 3 Teile, Wiesbaden 1996/2003.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. v. THEODOR SCHIEDER, 5 Bde., 3 Beih., München 1953/63.
- HEIKE VAN HOORN, Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR, Essen 2004.
- CHRISTOPH KLESSMANN/BURGHARD CIESLA/HANS HERMANN HERTLE (Hgg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001.
- ANDREAS KOSSERT, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, 4. Aufl., München 2009.
- THOMAS MIETK, Neuanfang im Kreis Lübben. Beitrag zur Flüchtlings- und Vertriebenenforschung am Ende des Zweiten Weltkrieges, Lübben 2010.
- SVEN OLAF OEHLSEN, Vertriebenenlager in Brandenburg 1945–1953, Potsdam 2006.
- MICHAEL PARAK (Hg.), Schlesier in der DDR. Berichte von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern, Görlitz 2009.
- MICHAEL SCHWARTZ, Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.
- PHILIPP THER, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998.
- WINFRIED TÖPLER, Der zehntausendfüßige Menschenwurm. Die Bewältigung der Kriegsfolgen und des schlesischen Flüchtlingsproblems im Gebiet des heutigen Bistums Görlitz. Texte aus dem Bistumsarchiv Görlitz, in: RAINER BENDEL (Hg.), Vertriebene finden Heimat in der Kirche. Integrationsprozesse im geteilten Deutschland nach 1945, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 291–635 [betr. auch die Niederlausitz].

- Unsere Herzen bluten. Tagebücher und Aufzeichnungen aus der katholischen Gemeinde in Guben 1945/46, bearb. v. WINFRIED TÖPLER, 2 Teile, Cottbus 2013.
- ANDREAS WEIGELT (Red.), Flucht, Vertreibung, Neubeginn nach 1945. Schicksale und Berichte aus dem Raum Lieberose, hg. von der Evang. Kirchengemeinde Lieberose und Land, Lieberose 2006.
- MARIO WENZEL, Die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Eberswalde 1945–1948, in: Eberswalder Jahrbuch 23 (2015), S. 136–145.
- SONYA WINTERBERG, Wir sind die Wolfskinder. Verlassen in Ostpreußen, München/Zürich 2012.

Peter Bahl ist Historiker, Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam und Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg.